

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

Ergebnisprotokoll

Vorsitz:

Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
des Landes Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg

Sachsen-Anhalt

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

Tagesordnung / Niederschrift

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

WTO-Verhandlungen

TOP 2 Aktueller Stand bei den WTO-Verhandlungen

Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik

TOP 3 EU-Pflanzenschutzrechtsnovelle
- zurückgezogen -

Weiterentwicklung und Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

TOP 4 und 5 Umsetzung der Beschlüsse des Health Check – Beteiligung des Bundes an der Kofinanzierung

TOP 6 Umsetzung Milchfonds - Aufteilung der Mittel und Beteiligung des Bundes an der Kofinanzierung

TOP 7 Flexibilisierung der Milchquotenübertragung

TOP 8 Umsetzung des Health Check: Maßnahmen zur Begleitung des Milchquotenausstiegs

TOP 9 Auswirkungen der Reform der EU-Marktregelung für Kartoffelstärke auf die Verarbeitungsindustrie und Fördermaßnahmen für die betroffenen Regionen im Rahmen der Programme zur ländlichen Entwicklung

TOP 10 Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013

TOP 11 Grünbuch der Europäischen Kommission zur Qualität von Agrarerzeugnissen

Nationale Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft

TOP 12 Novelle der 1. BImSchV (KleinfeuerungsanlagenVO)

TOP 13 Sortenschutzgesetz

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 14 Stand der Überlegungen der Arbeitsgruppe der Bundesressorts zur
Entwicklung ländlicher Räume

Wald und Jagd

TOP 15 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft – Initiative
einer Europäischen Charta für Holz durch Bund und Länder

TOP 16 Nationale Waldstrategie

TOP 17 Gemeinsame Grundsätze der Länder zur Weiterentwicklung des
Jagdrechts in Deutschland

Nachwachsende Rohstoffe

TOP 18 und 19 Situation auf den Märkten für Biokraftstoffe, Besteuerung und
Zertifizierung von Biokraftstoffen

Verbraucherschutz und Veterinärwesen

TOP 20 Wirtschaftliche Auswirkungen nicht zugelassener GVO auf
Futtermiteinfuhr und Veredelungswirtschaft

Agrarsozialpolitik

TOP 21 EU-Schulobstprogramm

Fachinformations- und Kommunikationssysteme

TOP 22 Fortbestand des Forschungsdatenzentrums der Statistischen
Landesämter

Verfristet angemeldete Tagesordnungspunkte

TOP 23 Klinische Feldstudien bei der Zulassung von Tierarzneimitteln und
Tierimpfstoffen
- zurückgezogen -

TOP 24 Dioxinkontamination von Schweinefleisch aus Irland

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 2: Aktueller Stand bei den WTO-Verhandlungen

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zum Stand der WTO-Verhandlungen zur Kenntnis und verweisen auf den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 26. September 2008 in Meißen (TOP 2).

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 3: EU-Pflanzenschutzrechtsnovelle

ZURÜCKGEZOGEN

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 4 und 5: Umsetzung der Beschlüsse des Health Check -
 Beteiligung des Bundes an der Kofinanzierung**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV über den aktuellen Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Health Check und die Ergebnisse bisher stattgefundener Bund-Länder-Arbeitsgruppen zur Kenntnis.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder stellen fest, dass infolge der Umsetzung der Health Check-Beschlüsse Deutschland bis zu 300 Mio. € pro Jahr an zusätzlichen EU-Mitteln aus der erhöhten Modulation und aus ungenutzten Direktzahlungen für die 2. Säule zur Verfügung stehen.
3. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder machen deutlich, dass sich daraus ein erheblicher zusätzlicher nationaler Kofinanzierungsbedarf ergibt, obwohl es dem Bund im Rahmen der Beratungen im EU-Agrarministerrat gelungen ist, eine Absenkung des nationalen Kofinanzierungsanteils beim Einsatz der zusätzlichen Modulationsmittel von 50 Prozent auf 25 Prozent und in den Konvergenzregionen von 25 Prozent auf 10 Prozent zu erreichen.
4. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder verweisen auf ihre Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung. Sie bekräftigen vor diesem Hintergrund die Beschlüsse des Bundesrates vom 4. Juli 2008 (367/08 (Beschluss)) sowie der Sonder-Agrarministerkonferenz vom 17. November 2008, wonach der Kofinanzierungsbedarf der Länder durch die Anhebung der Modulationssätze insgesamt nicht ansteigen soll.
5. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten vor diesem Hintergrund das BMELV sicherzustellen, dass die Bundesmittel im Rahmen der GAK mindestens um den Betrag erhöht werden, der aufgrund der Health Check-Beschlüsse erforderlich ist, um die zusätzlichen Modulationsmittel und die in die 2. Säule übertragbaren Ausgabenreste bei den Direktzahlungen vollständig gegenfinanzieren zu können.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 6: Umsetzung Milchfonds – Aufteilung der Mittel und
Beteiligung des Bundes an der Kofianzierung**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zu den Möglichkeiten der Aufteilung der Mittel auf die Länder zur Kenntnis.
2. Sie bitten das BMELV, alles daran zu setzen, dass in Deutschland die Ausgabereste bei den Direktzahlungen bereits 2009 für Milchbegleitmaßnahmen verwendet werden können.
3. Sie bitten den Bund darüber hinaus, die erforderlichen Kofinanzierungsmittel für die Milchbegleitmaßnahmen durch Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitzustellen.

**Amtscheffkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 7: Flexibilisierung der Milchquotenübertragung

Beschluss:

1. Die Amtscheffs der Agrarressorts der Länder stellen im Ergebnis der Gesundheitsprüfung der GAP keine Anzeichen für eine Verlängerung der Milchquotenregelung über den 31. März 2015 hinaus fest. Vielmehr zielen die für den Milchsektor auf EU-Ebene beschlossenen Maßnahmen bereits auf einen sanften Quotenausstieg ab.
2. Die Amtscheffs der Agrarressorts des Bundes und der Länder bekräftigen den Prüfauftrag aus dem Bundesratsbeschluss vom 10.02.2006 (BR-Drs. 919/05 (Beschluss)).

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Hessen und Freie und Hansestadt Hamburg:

Der Bund wird darüber hinaus gebeten, Flexibilisierungsmöglichkeiten bei Quotenübertragungen zu prüfen.

Protokollerklärung der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Berlin, Freie Hansestadt Bremen und Saarland

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Berlin, Bremen und Saarland sehen die Notwendigkeit zur weiteren nationalen Flankierung eines gleitenden Quotenausstiegs. Dabei sollten die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um einen weitergehenden flexiblen unmittelbaren Quotentransfer von einem Milcherzeuger zum anderen innerhalb der beiden bestehenden Übertragungsgebiete zu ermöglichen.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 8: **Umsetzung des Health Check: Maßnahmen zur
Begleitung des Milchquotenausstiegs**

Beschluss:

Das Thema wurde erörtert.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 9: **Auswirkungen der Reform der EU-Marktregelungen für
Kartoffelstärke auf die Verarbeitungsindustrie und
Fördermaßnahmen für die betroffenen Regionen im
Rahmen der Programme zur ländlichen Entwicklung**

Beschluss:

Das Thema wurde erörtert.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 10: Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zum Stand der Diskussion im EU-Agrarrat über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 zur Kenntnis.

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, die seit 2007 bestehende Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur „Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ erneut mit dem Ziel einzuberufen, Grundsätze für eine zukunftsfähige GAP nach 2013 aus deutscher Sicht zu erarbeiten.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 11: Grünbuch der Europäischen Kommission zur
Qualität von Agrarerzeugnissen**

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz begrüßt die Initiative der EU-Kommission, eine vertiefte Diskussion der zukünftigen Qualitätspolitik im Agrarbereich zu führen mit dem Ziel, die im Vergleich zu den Mitbewerbern auf den Weltagrarmärkten sehr hohe Lebensmittelqualität von Agrarerzeugnissen aus der Europäischen Union noch besser zu vermarkten, um dadurch dem verstärkten Druck von Agrarerzeugnissen aus Drittländern besser standhalten zu können sowie die Ankündigung der Kommission dazu, bis Mai 2009 eine entsprechende Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament vorlegen zu wollen.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV um eine weitere inhaltliche Einbindung und eine kontinuierliche Information der Länder über die Aktivitäten der EU-Kommission zur Erstellung dieser Mitteilung.
3. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder halten es daher für zielführend, wenn das BMELV, nachdem die EU-Kommission die Ergebnisse ihrer öffentlichen Konsultation zum Grünbuch ausgewertet und vorgelegt hat, sich zeitnah mit den Ländern auf einer gemeinsamen Besprechung über diese Ergebnisse und die weiteren Entwicklungen austauscht.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 12: Novelle der 1. BImSchV (Kleinf FeuerungsanlagenVO)

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz verweist darauf, dass der Einsatz von Biomasse in Anlagen im Anwendungsbereich der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen - 1. BImSchV - einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten kann. Da kleine und mittlere, mit Festbrennstoffen befeuerte Anlagen der Haushalte und Kleinverbraucher jedoch auch eine bedeutende Quelle für Emissionen (z. B. Feinstaub) sein können, unterstützt sie die notwendige, umfassende Überarbeitung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen. Sie fordert jedoch gleichzeitig eine ganzheitliche Betrachtung der Ziele und Auswirkungen rechtlicher Änderungen.
2. Die Amtschefkonferenz bekräftigt ihren Beschluss vom Januar 2007, dass für die künftig strengeren Emissionsgrenzwerte für Kleinf Feuerungsanlagen Übergangsregelungen vorgesehen werden müssen. Sie regt darüber hinaus an, weitere Kompromiss- und Anreizmöglichkeiten ergebnisoffen zu prüfen, um eine baldige Verabschiedung der Verordnung zu beschleunigen.
3. Sie fordert darüber hinaus eine Öffnungsklausel in der Verordnung, mit der neue Biomasse-Brennstoffe in den Katalog der Regelbrennstoffe aufgenommen werden können, deren Emissionsverhalten abgeprüft worden ist, ohne dass es dazu einer aufwändigen Verordnungsänderung bedarf.

Protokollerklärung der Länder Berlin und Brandenburg:

Die Länder Berlin und Brandenburg verweisen darauf, dass der Einsatz von Biomasse in Anlagen im Anwendungsbereich der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV – einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten kann. Da kleine und mittlere, mit Festbrennstoffen befeuerte Anlagen der Haushalte und Kleinverbraucher jedoch auch eine bedeutende Quelle für Emissionen (z. B. Feinstaub) sein können, unterstützt sie die notwendige, umfassende Überarbeitung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen. Sie fordert daher eine ganzheitliche Betrachtung der Ziele und Auswirkungen rechtlicher Änderungen. Sie regen an, auf Basis der Eckpunkte eines Kompromisses, die zwischen Vertretern der Länderumweltministerien und dem BMU im September 2008 auf Staatssekretärsebene erarbeitet wurden, eine baldige Verabschiedung der Verordnung anzustreben.

**Amtscheferkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 13: Sortenschutzgesetz

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zur Verbesserung des Sortenschutzes und der Vereinfachung des gemeinschaftlichen Saatgutrechtes zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 14: Stand der Überlegungen der Arbeitsgruppe der
Bundesressorts zur Entwicklung ländlicher Räume**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zum Stand der Überlegungen der Arbeitsgruppe der Bundesressorts zur Entwicklung ländlicher Räume zur Kenntnis.

Sie bitten den Bund um frühzeitige Einbeziehung der Länder in die Erstellung des Handlungskonzeptes, bevor dieses vom Bundeskabinett verabschiedet wird.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 15: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft
– Initiative einer Europäischen Charta für Holz durch
Bund und Länder**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Entwurf einer Initiative für eine Europäische Charta für Holz (Kurzfassung/Initiativpapier und Langfassung/Materialband) zur Kenntnis.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, die Erarbeitung der Europäischen Charta für Holz auf europäischer Ebene zu initiieren und dazu die Kurzfassung (Initiativpapier) in die europäischen Gremien einzubringen. Nach wie vor wird eine normative Kompetenzerweiterung der EU für diesen Bereich abgelehnt.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 16: Nationale Waldstrategie

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder begrüßen die Initiative des BMELV zur Entwicklung einer nationalen Waldstrategie und sehen darin eine tragfähige Konzeption, den zunehmenden Zielkonflikten, die aus den vielfältigen Ansprüchen an den Wald resultieren, zu begegnen.

Das BMELV wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Erarbeitung in einem straffen und zügigen Prozess erfolgt. Die Länder sind frühzeitig und intensiv einzubinden. Sie sind bereit, hieran aktiv mitzuwirken.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 17: Gemeinsame Grundsätze der Länder zur
Weiterentwicklung des Jagdrechts in Deutschland**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen die zwischen den beteiligten Ländern vereinbarten und als Eckpunkte formulierten Grundsätze zur Weiterentwicklung des Jagdrechts in Deutschland zur Kenntnis.

**Protokollerklärung der Länder Brandenburg, Berlin, Freie Hansestadt
Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland:**

Die Länder Brandenburg, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland begrüßen im Interesse eines einheitlichen Rechtsrahmens für die Jagd die rheinland-pfälzische Initiative zur Formulierung gemeinsamer Grundsätze der Länder zur Weiterentwicklung des Jagdrechts in Deutschland.

Sie empfehlen denjenigen Ländern, die eine Novellierung ihrer Landesjagdgesetze beabsichtigen, hierbei die gemeinsamen Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Jagd in Deutschland zu Grunde zu legen.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 20: Wirtschaftliche Auswirkungen nicht zugelassener GVO
auf Futtermiteleinfuhr und Veredelungswirtschaft**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis. Sie bitten um eine Fortsetzung der umfassenden Bearbeitung des vorliegenden 5-Punkte-Plans, um die Futtermittelversorgung und die Lebensmittelsicherheit weiterhin gewährleisten zu können. Insbesondere bitten sie das BMELV, sich weiterhin auf EU-Ebene für eine Verfahrensbeschleunigung bei der Zulassung neuer GVO-Linien einzusetzen und den bisher erfolgreichen Ansatz zur Harmonisierung technischer Standards auf EU-Ebene weiter intensiv zu verfolgen.

Protokollerklärung der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Freistaat Bayern, Baden-Württemberg, Freie Hansestadt Bremen, Brandenburg und Berlin:

Die Bundesregierung wird gebeten, darauf hinzuwirken, durch Beratung und Forschung den Anbau konventioneller Sorten zu fördern sowie alle Bemühungen zur Versorgung mit GVO-freien Eiweißfuttermitteln zu unterstützen.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 21: EU-Schulobstprogramm

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Beschluss des EU-Agrarrates vom November 2008 zur Einführung des EU-Schulobstprogramms zum Schuljahr 2009/2010 zur Kenntnis.

Sie bitten die Bundesregierung, ausreichende Kofinanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen und bekräftigen die Beschlüsse der AMK vom 11. April 2008 (TOP 31) und des Bundesrates vom 19. September 2008 (BR-Drs. 508/08 (Beschluss)). Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, zeitnah über diesbezügliche Planungen zu berichten. Darüber hinaus bitten sie das BMELV, zügig mit den Erzeugerorganisationen über Kooperationsmöglichkeiten zu verhandeln und in die o.g. Berichterstattung einzubeziehen sowie die Länder in die weiteren Überlegungen zu einer Umsetzungsstrategie intensiv einzubinden.

Die Amtschefkonferenz bittet die CMA, ein Konzept für die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu entwerfen.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 22 : Fortbestand des Forschungsdatenzentrums der
 Statistischen Landesämter**

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz sieht in der Nutzung des Datenangebotes des Forschungsdatenzentrums (FDZ) der Statistischen Landesämter einen wichtigen Beitrag für eine international wettbewerbsfähige empirische Forschung und fundierte Politikberatung.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder sehen mit Sorge, dass die Finanzierung des FDZ nur noch bis Ende 2009 gesichert und die Weiterarbeit gefährdet ist. Sie hält eine dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung für erforderlich.
3. Das Vorsitzland wird gebeten, den Beschluss an die Konferenz der Innenminister weiterzuleiten.

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

**TOP 23: Klinische Feldstudien bei der Zulassung von
Tierarzneimitteln und Tierimpfstoffen**

ZURÜCKGEZOGEN

**Amtschefkonferenz
am 15. Januar 2009
in Berlin**

TOP 24: Dioxinkontamination von Schweinefleisch aus Irland

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.